



## politik+++mittelstand+++information Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

MIT - News · 3. Ausgabe 2011

### Euro(pa) stärken – Transferunion verhindern



Dr. Josef Schlarmann  
MIT-Bundesvorsitzender

Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat sich die europäische Politik grundlegend verändert. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wurden wegweisende Maßnahmen beschlossen: Grenzen für Personen, Güter, Kapital und Dienstleistungen wurden abgebaut, die wirtschaftliche Union der Mitgliedsstaaten nach fast vierzig Jahren vollendet, die neu eingeführte gemeinsame Währung hat sich neben dem Dollar als zweite Weltwährung etabliert. Die Gestaltung dieser historischen Umbruchsjahre lag vor allem in den Händen einer deutschen Partei: der Union mit Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl an der Spitze der Regierungsverantwortung. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Europapolitik war, dass mit der Einführung des Euro die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sowie verbindliche Stabilitätskriterien im Vertrag von Maastricht fest verankert wurden, und dass der Wäh-

rungsunion alsbald die politische Union folgen sollte.

Die Idee der politischen Union trat im Zuge der EU-Erweiterung zunehmend in den Hintergrund und die Währungsunion geriet in die Krise. Heute blicken die Bürger unseres Landes verunsichert auf die Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union. Niemand weiß, wie das hochverschuldete Griechenland wieder wettbewerbsfähig werden kann, die irische Bankenkrise gelöst wird oder Portugal den Strudel aus steigenden Schulden und sinkender Wirtschaftskraft durchbrechen kann.

Die Union als Europapartei trägt hier besondere Verantwortung, den Ängsten und Sorgen der Bevölkerung mit einer verlässlichen Europa- und Eurostabilitätspolitik zu begegnen. Es ist ihre Aufgabe, konsequent auf die Einhaltung der durch die Gründungsväter vereinbarten Stabilitätskriterien zu drängen und den Weg Europas hin zu einer Transferunion zu verhindern. Hier hätte die Union in den zurückliegenden zwei Jahren einen noch klareren ordnungspolitischen Kurs vertreten müssen.

Der deutsche Mittelstand profitiert vom Europäischen Binnenmarkt, der Gemeinschaftswährung und den sicheren politischen Rahmenbedingungen seit vielen Jahren in hohem Maß. Dies wird sich in Zukunft jedoch nur erfolgreich fortsetzen können, wenn die europäische Politik an den eigenen Kriterien für Währungsstabilität, Schuldenbegrenzung und Beitrittsreife festhält, diese konsequent durchsetzt und kontrolliert. In den zurückliegenden Monaten wurde deutlich, dass das finanzpolitische Fehlverhalten einzelner Mitgliedstaaten die gesamte Europäische Union destabilisieren kann. Das Durchsetzen klarer Re-

geln ist vor diesem Hintergrund heute drängender als je zuvor.

Grundsätzlich ist ein unbefristeter Rettungsschirm abzulehnen, denn mit ihm bewegen wir uns auf den Weg in eine Transferunion. Es ist sicherzustellen, dass der Rettungsschirm auf 3 Jahre begrenzt ist und für jede weitere Verlängerung die nationalen Parlamente ihre Zustimmung geben müssen. Damit wäre der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) kein Endlosinstrument, sondern immer wieder der parlamentarischen Prüfung unterworfen. Die vorgesehene Option zum Ankauf von Staatsanleihen auf dem Primärmarkt ist aus dem ESM herauszunehmen. Ansonsten droht der Marktmechanismus außer Kraft gesetzt zu werden. Festlegungen zur Art, Höhe und Begrenzungen der deutschen Beiträge zum ESM sind gesetzlich zu regeln und vom Bundestag zu beschließen.

Europa hat keine Währungskrise, sondern eine strukturelle Schuldenkrise. Daher muss eine europäische Insolvenzordnung eingeführt werden, damit überschuldete Staatshaushalte in einem geregelten Verfahren marktkonform restrukturiert werden können. Allein das Vorhandensein dieses Instruments dürfte sich disziplinierend auf die Haushaltspolitik der Regierungen auswirken. Der Europäische Stabilitätspakt ist zu verschärfen. Bei Verstößen gegen Stabilitätsauflagen muss ein automatisches Sanktionsverfahren greifen, das von einer politisch unabhängigen Institution in Gang gesetzt und gehandhabt wird. Die EZB muss sich wieder auf die Geldwertstabilisierung konzentrieren. Sie ist nicht Finanzier überschuldeter Staaten. Der Ankauf riskanter Staatspapiere ist daher sofort einzustellen.

MIT IN DEN MEDIEN

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) unterstützt den Beschluss des CSU-Parteivorstandes, in dem für einen Ausstieg von Ländern aus dem Euro-Raum geworben wird, die nicht die Stabilitätskriterien erfüllen. „MIT und CSU stimmen überein, dass die Verschuldungspolitik in einigen Mitgliedsstaaten und die anhaltende Missachtung der europäischen Stabilitätsregeln die Hauptursachen für die gegenwärtige Krise sind“, erklärte der MIT-Vorsitzende Josef Schlarmann.

(*Thüringer Allgemeine, 13. September 2011*)

„Es gibt politische Kräfte, die die Finanzprobleme der Krisenländer mit einer europäischen Fiskalunion, d.h. einer Haftungs- und Transferunion, lösen wollen. Dies ist ein Spiel mit dem Feuer. Eine Finanzunion wäre der Anfang vom Ende des Euro. Eine solche Fiskalunion tangiert nicht nur die Haushaltsrechte der nationalen Parlamente, sondern setzt massive Anreize zur Fortsetzung des Schuldenkurses und gefährdet den Prozess der europäischen Einigung“, sagt MIT-Bundesvorsitzender Dr. Schlarmann.

(*Fuldaer Zeitung, 9. August 2011*)

Der stellvertretende Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union, Jürgen Presser, bezeichnete die Forderung als „populistisch“. „Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes würde die Leistungsträger unseres Landes bestrafen.“ Stattdessen müssten zur Finanzierung die Staatsausgaben gesenkt werden.

(*Focus, 29. Juli 2011*)

Nach dem Beschluss über den Atomausstieg kommen die „bösen Überraschungen“ nach Ansicht von Unions-Mittelständler Josef Schlarmann früher als erwartet. „Der Atomausstieg wird deutlich teurer als alle Kalkulationen der Regierung voraussagen“, betonte der CDU-Politiker.

(*Neue Osnabrücker Zeitung, 22. Juli 2011*)

Schlarmann äußerte sich besorgt über die Umfragewerte der Union. Es handle sich hierbei um ein „strukturelles Tief“. Notwendig sei nun unter anderem eine Schärfung des wirtschaftspolitischen Profils der CDU, forderte der MIT-Chef.

(*Deutsche Handwerkszeitung, 14. Juli 2011*)

CDU-Mittelstands-Chef Schlarmann forderte, sich für mögliche Einsparungen vor allem den Bereich der Subventionen vorzunehmen. „Oberstes Gebot ist jetzt eine Senkung der Staatsausgaben“, sagte er.

(*Hamburger Abendblatt, 5. Juli 2011*)

## Mehr Wettbewerb in den Kommunen



Frank Gotthardt

Traditionell besteht eine gute Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Mittelstand. Eine Expansion der kommunalen Betriebe auf privatwirtschaftliche Märkte bedroht jedoch die existenziellen Interessen der mittelständischen Wirtschaft. Dabei können die Erlöse aus diesen Tätigkeiten nicht die Haushaltsprobleme der Kommunen lösen. Ein Wettbewerb zwischen kommunalen Betrieben und kleinen und mittleren Unternehmen kann niemals fair sein. Informationsvorsprünge, Vermischung von hoheitlichen Funktionen (z. B. durch das Satzungsrecht) und wirtschaftlicher

Betätigung, der Einsatz von mit öffentlichen Mitteln finanzierter kommunaler Infrastruktur, unterausgelastete Kapazitäten mit denen günstig am Markt agiert werden kann sowie Unterschiede von der Besteuerung, bei der steuerlichen Nutzung des so genannten Querverbundes bis zum Konkursrecht führen unter anderem zu keinem fairen Wettbewerb. Die MIT-Kommission Ordnungspolitik unter dem Vorsitz von Frank Gotthardt spricht sich dafür aus, dass Gemeindeordnungen der Bundesländer die kommunalwirtschaftliche Betätigung begrenzen und der Privatwirtschaft einen Vorrang vor der öffentlichen Betätigung einräumen müssen. Zudem sind die Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft zu beteiligen, sofern neue kommunale Unternehmen gegründet werden bzw. bestehende Unternehmen neue Marktfelder erschließen wollen.

Der Deutsche Bundestag hat den Anspruch auf eine individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit inländischen Referenzqualifikationen beschlossen. Damit wird die wirtschaftliche Einbindung von Migrantinnen und Migranten deutlich verbessert. Eine schnellere Prüfung von ausländischen Berufsabschlüssen erleichtert Zuwanderern mit qualifizierten Abschlüssen die Einstellung in den Unternehmen. Dies wird dazu beitragen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Aus Sicht der MIT kommt es nun darauf an, für eine zügige Umsetzung der Anerkennungsverfahren zu sorgen, damit die Potenziale der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund genutzt werden können.

## Vereinfachte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

und Spezialisten der MINT-Fachgebiete Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik angewiesen. Die für Zuwanderung aus Drittstaaten in der Regel verpflichtende Vorrangprüfung muss grundsätzlich beschleunigt werden. In Bereichen, in denen der Fachkräftemangel besonders groß ist, etwa in der IT- und Ingenieursbranche, soll auf die Vorrangprüfung grundsätzlich verzichtet werden. Die für den Erhalt einer dauerhaften Niederlassungserlaubnis notwendige Mindesteinkommensgrenze für Hochqualifizierte muss von derzeit 66.000 Euro auf 40.000 Euro abgesenkt werden. Außerdem ist rasch ein Punktesystem zu etablieren, welches den Zuzug von Fachkräften ermöglicht. Demnach sollte eine begrenzte Zahl von Hochqualifizierten auch ohne vorliegenden Arbeitsvertrag nach Deutschland einwandern können, wenn sie Kriterien wie Qualifikation, Berufserfahrung oder Sprachkenntnisse erfüllen.

Um einen Fachkräfteengpass in den Unternehmen zu vermeiden, muss Deutschland weiter für qualifizierte Arbeiter geöffnet werden. Die Unternehmen sind besonders auf Ingenieure

## Energie muss bezahlbar bleiben: Netzausbau darf Mittelstand nicht zusätzlich belasten

Aus Sonnenenergie oder Windkraft gewonnene erneuerbare Energie steht nicht zu jeder Zeit an jedem Ort in gleichbleibender Menge zur Verfügung. Abhängig von der herrschenden Wetterlage speisen Solar- und Windkraftanlagen viel, wenig oder keine Energie in die Netze ein. Energie steht plötzlich in großen Mengen zur Verfügung, um im nächsten Moment gänzlich zu fehlen. Darüber hinaus sind aus geographischen Gründen die Erzeugungsregionen über das gesamte Bundesgebiet unterschiedlich stark verteilt. Angebot und Nachfrage auf dem Strommarkt stimmen so häufig nicht überein.

Der politisch und gesellschaftlich im breiten Konsens gewünschte, wachsende Anteil regenerativer Energieträger an der zukünftigen Gesamtstromversorgung mit Elektrizität stellt die Energiewirtschaft vor die technische Herausforderung, diese Schwankungen im Stromnetz jederzeit ausgleichen zu müssen sowie insbesondere den erzeugten Strom oft über weite Distanzen von mehreren hundert Kilometern aus den Erzeugungsgebieten in die Ballungszentren im Westen und Süden Deutschlands zu transportieren.

Immer schwieriger beherrschbare Strommengen in den Netzen lassen die Gefahr von „black outs“ ansteigen. Die heutigen Übertragungs- und Verteilnetze halten den wachsenden Anforderungen nicht stand. Sie müssen dringend umfassend aus- und umgebaut werden. Zukünftige Versorgungssicherheit hängt im Wesentlichen vom erfolgreichen Netzausbau in den kommenden Jahren ab. Ein wesentliches Ziel deutscher Energiepolitik ist die Gewährleistung von Versorgungssicherheit.

Es steht außer Frage, dass die mit dem notwendigen Ausbau der Übertragungsnetze entstehenden Kosten die Verbraucher und damit auch der im internationalen Wettbewerb stehende Mittelstand tragen müssen.

Aus Sicht des Mittelstands muss neben

der Versorgungssicherheit zudem ein bezahlbarer Preis für Energie ein wesentliches Ziel deutscher Wirtschaftspolitik bleiben. Der Strompreis ist heute zu über 50 % von der Politik über Steuern und Abgaben bestimmt. Angesichts der drängenden Notwendigkeit, in die Versorgungsinfrastruktur in den kommenden zwei Jahrzehnten in erheblichem Umfang investieren zu müssen, wird sich die mittelständische Wirtschaft die hohen Subventionen im Bereich der erneuerbaren Energien in Zukunft nicht mehr leisten können. Deshalb müssen sie auch weiterhin gekürzt werden.

Die Kombination aus stetiger Verteuerung des Strompreises beispielsweise durch das Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) sowie zusätzlich steigende Netzkosten gefährden in Summe die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands.

Die Kosten des Umbaus der deutschen Energiewirtschaft dürfen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft nicht zusätzlich zu den vergleichsweise bereits

sehr hohen Abgaben auf den Energieverbrauch weiter belasten.

Die Kommission Energie und Umwelt der MIT unter dem Vorsitz von Dieter Bischoff fordert daher

- die schrittweise Abschaffung der doppelten Steuerbelastung der Energie durch Energiesteuer und Mehrwertsteuer auf die Energiesteuer,
- eine Anrechnung steigender Netzkosten auf die Belastungen aus dem EEG,
- Gesetze, die Fördertatbestände regeln, müssen Verfallsdaten haben, um so kostspielige Überförderung einzelner Technologien wieder automatisch zurückfahren zu können,
- eine sichere, preiswerte und umweltschonende Energieversorgung,
- eine gemeinsame europäische Energiepolitik, um die Versorgungssicherheit unserer Volkswirtschaft besser zu gewährleisten und mit einer Stimme gegenüber den Produzentenländern aufzutreten.



Die MIT-Energiekommission zu Gast beim Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft. BDEW-Chefin Hildegard Müller sprach über die Herausforderungen der Energiewende (v.l.n.r. Dieter Bischoff, Dr. Etta Schiller, Hildegard Müller, Hans-Dieter Lehnen)

## Geldwäscheprävention: Generalverdacht für Bürger und Mehrbelastung für Unternehmer

Die Bundesregierung plant, das Geldwäsche-Gesetz massiv zu verschärfen. Der vorliegende Gesetzentwurf stellt Bürger unter Generalverdacht und belastet Unternehmer. Unter dem Deckmantel der Geldwäscheprävention wird die Freiheit des Einzelnen mit noch mehr Bürokratie weiter eingeschränkt. Die MIT lehnt den Entwurf daher entschieden ab.

Der Gesetzentwurf beinhaltet radikale Einschränkungen der Geldverkehrsfreiheit. Die Bareinzahlungsgrenze soll von 15.000 auf 1.000 Euro gesenkt werden. Außerdem sollen Einzahler beim Tausch von Euro in E-Geld künftig überprüft werden. Damit werden Zahlungsvorgänge im Internet erschwert. Die Ausweitung der bereits für Kreditinstitute bestehenden Regelungen

auf alle mit Gütern handelnden Gewerbetreibenden schadet besonders Online-Händler sowie kleinen Lebensmittel-, Textil- und Autohändler. Statt wie angekündigt, kleine Unternehmen zu entlasten und Bürokratie abzubauen, werden aufgrund umfangreicher Melde- und Dokumentationspflichten neue bürokratische Hürden geschaffen.

Besonders die geplante Einführung eines Geldwäschebeauftragten für alle Betriebe mit mehr als neun Mitarbeitern ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die unternehmerische Freiheit. Aufwand und Nutzen stehen in keinem Verhältnis. Die MIT appelliert, auch bei der Geldwäscheprävention den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu beherzigen.

## Anreize zur Arbeitsaufnahme schaffen

Die MIT-Kommission Arbeitsmarktpolitik (Vorstand: Rainer Kiank und Dr. Carsten Linnemann MdB) appelliert, mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme zu schaffen.

Die Zahl der erwerbsfähigen ALG-II-Empfänger hat sich seit Einführung des SGB-II um lediglich rd. 600.000 reduziert (2006: 5,3 Mio. erwerbsfähige Arbeitslose; 2011: 4,7 Mio.). Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat kürzlich konstatiert, dass 45% der Arbeitslosen seit Jahren in Arbeitslosigkeit verharren bzw. 40% derer, die in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt wurden, spätestens nach einem Jahr erneut auf Transferleistungen angewiesen sind. Diese Zahlen belegen, dass es nach wie vor nicht gelingt, mit dem Prinzip „Fördern und Fordern“ alle Arbeitslosen zu erreichen und ihnen eine Perspektive aufzuzeigen.

Die MIT-Kommission ist der Ansicht, dass die Instrumente des „Forderns“ zwar gesetzlich vorhanden sind, aber offenkundig in der Praxis kaum funktionieren. Internationale Vergleiche be-

legen, dass Arbeitsmarktpolitik dann erfolgreich ist, wenn Arbeitslosen bei Eintritt ins Grundsicherungssystem umgehend ein verbindliches Sofortangebot unterbreitet wird – sei es in Form von gemeinnütziger Beschäftigung oder in Form von Werkakademien nach hessischem Vorbild. Grundsätzlich muss gelten, dass die Vermittlung in den privatwirtschaftlichen Bereich immer Vorrang haben muss.

Ferner fordert die MIT-Kommission, den Anreiz für die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung spürbar auszubauen. Ziel muss es sein, den Hebel der heutigen Privilegierung „kleiner Hinzuverdienste“ so umzudrehen, dass Beschäftigung in geringem Umfang unattraktiv und Beschäftigung in hohem Umfang attraktiver ist. Dazu sollen die ersten 200 Euro auf Hartz IV angerechnet werden. Ab 200 Euro sollen dann großzügigere Freibetrags-Regelungen als bislang gelten. So werden Leistungsempfänger motiviert, mehr zu arbeiten, und langsam in die finanzielle Selbständigkeit geführt.

## Fakten

### Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland auf Rang 6

Im neuen Global Competitiveness Report 2011–2012 des World Economic Forum büßte Deutschland in der Gesamtwertung der wettbewerbsfähigsten Staaten der Welt einen Rang ein und landet jetzt auf Platz 6. Besser schnitten die Schweiz, Singapur, Schweden, Finnland und die USA ab. Die deutsche Wirtschaft verdankt ihren 6. Platz insbesondere der vorzüglichen heimischen Infrastruktur. Gelobt werden vom Weltwirtschaftsforum das dichtgeknappte Straßen- und Eisenbahnnetz sowie die leistungsfähigen Flughäfen. Den Unternehmen bescheinigen die Experten modernste Produktionsverfahren.

### Schuldenbremse zeigt Wirkung

Die Schuldenbremse im Grundgesetz führt in den deutschen Bundesländern zu ersten Erfolgen. In sieben der sechzehn Länder steht die Ampel auf Grün – die Konsolidierung ist auf gutem Weg. Der Freistaat Sachsen ist Konsolidierungs-Spitzenreiter. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Konsolidierungs-Check Bundesländer“, die im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) erstellt wurde. Das Grundgesetz verbietet den Bundesländern ab dem Jahr 2020 neue Schulden aufzubauen – bis dahin müssen sie ihr strukturelles Defizit auf Null reduzieren.

### Wachstum schwächt sich ab

Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2011 um 3 Prozent steigen, 2012 aber nur noch um knapp 1,25 Prozent, so die aktuelle Konjunkturprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Maßgeblich dafür sind die neuerlichen Turbulenzen an den Finanzmärkten als Folge der Staatsschuldenkrisen in Europa und den USA. In eine Rezession dürften aber weder Deutschland noch die globale Konjunktur abgleiten.

Quelle: IW Köln

## MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,  
Hauptgeschäftsführer der MIT

### Kontakt

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin  
Telefon: 0 30 / 22 07 98-0  
Telefax: 0 30 / 22 07 98-22

E-Mail: [info@mittelstand-deutschland.de](mailto:info@mittelstand-deutschland.de)  
[www.mittelstand-deutschland.de](http://www.mittelstand-deutschland.de)

Fotos: MIT intern; Titelbilder oben v.l.n.r.: iStockphoto.com/  
pixelchickDK/-yuri\_arcurs/-sylvanworks-hidesy/  
sonstige Bilder: brandung<sup>2</sup>, Lieferungen der MIT



MITTELSTANDS- UND  
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG  
DER CDU/CSU